

29.04.2022

N i e d e r s c h r i f t

über die 08. (910.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am Donnerstag, den 28.04.2022, 19.30 Uhr, im großen Saal im Haus der Insel

Es sind erschienen:

Ratsvorsitzender Gerrit Agena
Stv. Bürgermeisterin Ines Mühlinghaus
Stv. Bürgermeisterin Gerda Spies
Ratsherr Uwe Garrels
Ratsherr Jan Martin Janssen
Ratsfrau Bärbel Kraus
Ratsfrau Daniela Peters
Ratsherr Till Martin Peters
Ratsherr Michael Recktenwald
Ratsherr Rüdiger Schmidt

Es fehlt entschuldigt:

Bürgermeisterin Heike Horn
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Kämmerin Cornelia Baller
Tourismusmanager Nils Jenssen
Protokollführung Katja Heimes

Als Gast:

Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Agena eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Der Tagesordnungspunkt

Zu Punkt 16: Erklärung über die Annahme von Zuwendungen über € 2.000,00 (s. Vorlage VO22-094)

wird von der Tagesordnung abgesetzt. Die Beschlussfassung ist aufgrund der Summe von genau € 2.000,00 noch im Verwaltungsausschuss erfolgt.

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert die Zuständigkeit in der Summe bis und ab € 2.000,00.

Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die 5. (907.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 10.03.2022

Die Niederschrift über die 5. (907.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 10.03.2022 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die 5. (907.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 10.03.2022 einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 5: Genehmigung der Niederschrift über die 6. (908.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 19.04.2022

Die Niederschrift liegt dem Rat noch nicht vor.

Die Genehmigung wird auf die nächste Sitzung des Rates verschoben.

Zu Punkt 6: Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Keine.

Zu Punkt 7: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 8: 2. Änderung der Satzung über die Erhebung eines Gästebeitrages (s. Vorlage VO22-062)

Der Rat beschließt mit 10 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Anpassung der Gästebeiträge zum 1. Januar 2023 gemäß der beigefügten Kalkulation sowie die 2. Änderung der Satzung über die Erhebung eines Gästebeitrages.

Zu Punkt 9: 2. Änderung der Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages (Tourismusbeitragssatzung) (s. Vorlage VO22-063)

Der Rat beschließt mit 10 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Satzung zur 2. Änderung der Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages (Tourismusbeitragssatzung) für die Kalenderjahre 2022 bis 2024 rückwirkend zum 01.01.2022 auf Basis der beigefügten Kalkulation in der vorgelegten Form.

Zu Punkt 10: Aufstellung konsolidierter Gesamtbeschluss – Beschluss gemäß § 179 (s. Vorlage VO22-065)

Der Rat beschließt einstimmig davon abzusehen

1. für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2020 nach § 128 Abs. 4 NKomVG einen konsolidierten Gesamtabschluss aufzustellen und

2. für die Haushaltsjahre bis einschließlich 2021 nach § 128 Abs. 6 Satz 3 dem Konsolidierungsbericht eine Kapitalflussrechnung beizufügen.

**Zu Punkt 11: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2020
(s. Vorlage VO22-066)**

Der Rat beschließt einstimmig den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2020 in Höhe von € 40.747,84 sowie den über- und außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von € 75.473,62, zusammengestellt in Anlage 1, gemäß § 117 NKomVG zuzustimmen.

Die unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß Anlagen 2 und 3 werden zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 12: Feststellung der Jahresrechnung 2019 und Entlastung der Bürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2019
(s. Vorlage VO22-067)**

Der Rat beschließt mit 10 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung

1. den Jahresabschluss der Inselgemeinde Langeoog für das Haushaltsjahr 2019 gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG,
2. das ordentliche Jahresergebnis wird in Höhe von 819.880,35 EUR wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 596.762,97 EUR wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt,
3. der Bürgermeisterin wird gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG für die Führung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2019 Entlastung erteilt.

**Zu Punkt 13: Bauantrag Eheleute Wiebke und Andreas Westermann
hier: Anbau einer Veranda und Nutzungsänderung in Ferienwohnung „Am Blumental 4“
(s. Vorlage VO22-095)**

Ratsfrau Peters verweist auf die in der Vorlage genannte Prüfung auf Denkmalschutz und erfragt, ob eine Rückmeldung dazu vorliege. Der Vertrag von den Voreigentümern sei bis 2023 übernommen. Sie fragt, ob danach per Nutzungsänderung die Dauerwohnungen in Ferienwohnungen umgewandelt werden können oder eine Chance besteht, dies zu verhindern. Es gehe weiterer Dauerwohnraum verloren.

Allgemeiner Vertreter Heimes verneint die Frage. Vom Landkreis liege noch keine Mitteilung vor. Letztendlich liege die Entscheidung beim Rat. Er verweist auf die Erhaltungssatzung. Es müsse das Einvernehmen erteilt werden. Die Vertragsregelung könne nicht verlängert werden.

Ratsherr Garrels erklärt, dass der Rat der Änderung nicht zugestimmt hätte, wenn nicht die Vertragsregelung vorgelegen hätte, die dem Eigentümer dieses Recht einräume. Es gehe nur um diesen einen Fall.

Der Rat beschließt mit 9 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen dem Antrag der Eheleute Westermann auf Nutzungsänderung von einer Dauerwohnung in eine Ferienwohnung zuzustimmen und das Einvernehmen gemäß § 173 Baugesetzbuch zu erteilen. Gegen die Errichtung einer Veranda bestehen keine Bedenken.

Zu Punkt 14: Antrag Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog – Recktenwald auf Einführung einer Baumschutzsatzung (s. Vorlage VO22-073)

Ratsfrau Kraus erläutert die Einbringung des Antrages durch ihre Gruppe. Eine Baumschutzsatzung mache durchaus Sinn, man sehe aber auch das über eine solche Satzung nicht spontan entschieden werden könne. Wichtig sei, dass der Antrag auf den Weg gebracht wurde.

Ratsherr Garrels begrüßt die Idee eine Baumschutzsatzung. Diese mache aber erst Sinn, wenn schützenswerte Bäume vorhanden seien. Seiner Meinung nach brauche es ein anderes Instrument zum Baumschutz. Es sollte ein Appell erfolgen, genau zu überlegen, wo ein Baum hingesetzt werde, damit er in gewachsener Größe dort auch verbleiben könne.

Der Rat beschließt einstimmig den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog – Recktenwald aufgrund der fehlenden Ressourcen und der Kosten zunächst zurückzustellen und zu vertragen.

Zu Punkt 15: Vereinbarung zwischen dem Landkreis Wittmund und den kreisangehörigen Gemeinden über die Wahrnehmung der Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe (s. Vorlage VO22-092)

Ratsfrau Peters berichtet, dass das Thema auch auf Kreisebene diskutiert worden sei. Bei der Neuberechnung komme die Gemeinde im Gegensatz zu anderen Kommunen gut weg. Sie verweist aber darauf, dass die Kosten bei der Neuberechnung der Kreisumlage mit einfließen werden. Sie plädiere für den Beschlussvorschlag a).

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass die jetzige Regelung die Kommune entlaste. Man wisse aber nicht, wieweit eine Erhöhung der Kreisumlage erfolge. Der Landkreis übernehme die Kosten nicht ohne eine Gegenfinanzierung. Man wisse am Ende nicht, ob wirklich ein Vorteil bestehe.

Ratsherr Garrels erklärt, dass wenn eine Zustimmung erfolge, ohne zu wissen, wie sich die Kreisumlage erhöhe, dass die Vereinbarung zum Nachteil sei. Die Gegenfinanzierung des Landkreises stehe derzeit nicht, daher habe man sich im Verwaltungsausschuss für den Beschlussvorschlag b) ausgesprochen.

Der Rat beschließt mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung den Beschlussvorschlag b)

- b. vor Zustimmung zu der Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe in der vorgelegten Form Vereinbarungen bezüglich der künftigen Höhe der Kreisumlage zu treffen.

Ratsherr Janssen erläutert seine Abstimmung. Er habe sich enthalten, da seiner Meinung nach, nach den Ausführungen von Ratsfrau Peters der Beschlussvorschlag a) die günstigere Variante wäre. Man müsse schon wissen, wie sich die Kreisumlage entwickelt. Er bittet Kämmerin Baller nochmals den Sachverhalt zu erläutern.

Kämmerin Baller führt zum Sachverhalt aus. Bei der letzten Vereinbarung wurde eine Erhöhung der Kreisumlage explizit ausgeschlossen. Ein solcher Passus sei derzeit nicht vorgesehen. Wenn einzelne Kommunen der Vereinbarung nicht beitreten, wird es bei den Zuschüssen zu Verschiebungen kommen, durch die der relative Vorteil wieder aufgezehrt werden könnte. Die Kommunen hätten wenig Möglichkeiten auf die Höhe der Kreisumlage einzuwirken. Die Verbindung mit der Vereinbarung stelle eine solche Möglichkeit dar.

**Zu Punkt 16: Erklärung über die Annahme von Zuwendungen über € 2.000,00
(s. Vorlage VO22-094)**

Der Punkt wird von der Tagesordnung abgesetzt.

**Zu Punkt 17: Sondernutzungsflächen Fußgängerzone
(s. Vorlage VO22-095)**

Ratsherr Recktenwald berichtet, dass das Thema im Verwaltungsausschuss diskutiert wurde. Vorherrschende Meinung sei, dass zusätzliche Restaurantplätze benötigt werden, der Fußweg aber in einer Breite von 2m verbleiben müsse. Eine Ermäßigung der Sondernutzungsgebühren werde nicht mehr gesehen.

Der Rat beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag 1)

1. ab der Saison 2022 die Fußwegbereiche in der Fußgängerzone für weitere Sondernutzungsflächen frei zu geben. Bei der Vergabe von Sondernutzungsflächen ist ein Fußwegbereich von 2 m Breite ebenso frei zu halten wie Rettungszufahrten. Eine Gebührenermäßigung wird nicht gewährt. Die Genehmigung erfolgt auf jederzeitigen Widerruf.

**Zu Punkt 18: Bestätigung der Wahl der Vertretung der Beschäftigten im Betriebsausschuss durch den Rat der Inselgemeinde Langeoog
(s. Vorlage VO22-096)**

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert den Sachverhalt. Zur neuen Ratsperiode seien auch die Bedienstetenvertreter neu zu wählen. Dies sei inzwischen erfolgt. Für die Wahl des sonstigen Vertreters seien keine Vorschläge eingegangen. Der Platz bleibe unbesetzt.

Der Rat bestätigt einstimmig das Ergebnis der Wahl der Vertretung der Beschäftigten im Betriebsausschuss.

**Zu Punkt 19: Antrag Rüdiger Schmidt, Ratsgruppe Langeoogers
Umsetzung Erschließung neues Gewerbegebiet Melkerpad
(s. Vorlage Nr. VO22-097)**

Ratsherr Schmidt erklärt seinen Antrag. Er sei entsetzt gewesen zu lesen, dass in 2008 bei den Planungen für ein Gewerbegebiet keine Wohnungen berücksichtigt worden seien. Das Gebiet sei als Wassereinzugsgebiet ausgewiesen. Auf Langeoog gebe es aber keine Industrie. Eine komplette Rückstellung seines Antrages halte er für nicht richtig und würde zumindest eine Änderung des Bebauungsplanes anstreben, damit dort überhaupt Planungen vorgenommen werden können. Der Bebauungsplan sollte zumindest dahingehend geändert werden, dass nicht nur eine Hallenbebauung möglich sei, sondern auch Wohnraum (Dauerwohnen).

Ratsherr Garrels verweist auf die Kosten für die Entwicklung eines Baugebietes. Die Frage sei zudem, ob ausreichend Interessenten vorhanden seien. Es seien Lagerflächen erforderlich. Vielleicht könnten diese in den bereits vorhandenen Bebauungsplänen gefunden werden. Wichtig sei sicherlich auch Dauerwohnraum im Gewerbegebiet einzuplanen. Aktuell könne die Kommune aufgrund der finanziellen Situation das Gewerbegebiet nicht entwickeln.

Allgemeiner Vertreter Heimes bringt vor, dass bereits mehrfach deutlich gemacht wurde, dass ein Wohngebiet höchste Priorität habe und man gar nicht in der Lage sei ein anderes Baugebiet zu entwickeln. Auch in absehbarer Zeit nicht. Man müsse die Anzahl der Interessenten wissen und diese müssten bereits in Vorleistung treten um die Kosten für das Baugebiet zu bezahlen. Eine Entwicklung des Baugebietes werde seitens der Verwaltung aus Kostengründen derzeit nicht gesehen.

Ratsherr Janssen würde zunächst den Bedarf für das Gewerbegebiet sowie die Kosten für die Erschließung im Wassergebiet II ermitteln. Die Kosten seien eventuell höher als in herkömmlichen Gewerbegebieten. Die Angelegenheit sollte nicht zu weit zurückgestellt und zunächst eine Abfrage durchgeführt werden.

Bürgermeisterin Horn bringt vor, dass man sich trotzdem mit dem Bebauungsplan befassen sollte. Eine Umfrage finde sie auch gut, erfahrungsgemäß würden bei Umfragen aber zunächst große Rückläufe kommen und im Ernstfall wenige Interessenten verbleiben.

Ratsherr Schmidt verweist auf die bessere Planung für Gewerbetreibende, wenn Wohnraum dabei sei. Die derzeitigen Vorgaben 51/49 % Hallen- und Wohnungsbau mache eine andere Planung und Finanzierung möglich.

Ratsfrau Peters schlägt vor, den Antrag im nächsten Bauausschuss nochmals detaillierter zu besprechen.

Der Vorschlag wird befürwortet.

Der Rat beschließt einstimmig den Antrag der Ratsgruppe „Langeoogers“ zur erneuten Beratung an den Bauausschuss zurückzugeben.

Zu Punkt 20: Antrag der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog – Recktenwald auf sukz. Umrüstung der kommunalen Straßenbeleuchtung auf LED/Solar-Technik insbesondere bei Straßensanierungen (s. Vorlage Nr. VO22-098)

Ratsfrau Kraus teilt mit, dass die Umwelteffizienz für den Antrag ausschlaggebend gewesen sei. Bis zum Jahr 2030 seien die Kommunen gehalten 80 % des Stroms aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. Sie teilt mit, dass derzeit mit der Verwaltung besprochen sei, den Antrag zunächst nicht weiter zu verfolgen.

Ratsfrau Peters verweist auf die Diskussion im Bauausschuss. Es sollten Probelampen bestellt und unter anderem an der Feuerwehrausfahrt angebracht werden. Sie fragt wann die Umsetzung erfolgt.

Ratsherr Recktenwald verweist auf die aktuellen Lieferengpässe bei den Lampen.

Der Rat beschließt einstimmig, dass die bisherige Praxis des Ausbaus der LED-Beleuchtung in dem bisherigen Rahmen weitergeführt wird. Die Umsetzung von LED/Solar-Leuchten wird zunächst nicht weiterverfolgt bzw. nur in Einzelfällen an besonderen Standorten im Außenbereich geprüft.

Zu Punkt 21: Anträge und Anfragen

1. Ratsherr Recktenwald weist auf die morgige Veranstaltung von „German Watch - neuer Bericht des Weltklimarats“ im Haus der Insel hin.

Außerdem gibt er zur Kenntnis, dass die Gruppe Bündnis 90/Die Grünen-Recktenwald einen neuen Antrag gestellt habe. Dieser beinhalte beim Neubau des Kur- und Wellnesscenters die Voraussetzungen für die Installation von PV- oder Solarthermien auf dem Dach anbringen zu schaffen.

Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass dies bereits in Planung war und ist.

Ratsherr Garrels führt aus, dass die Planung nur sein könne, zu prüfen, ob dies auf vorhandene Dächer auch möglich ist.

2. Ratsfrau Kraus verliest eine Pressemitteilung von Herrn Olaf Lies zum Thema „Schlickprobleme“. Sie fragt, ob die Verwaltung vom Umweltministerium darüber informiert wurde.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass eine Information, aber in dem Sinne keine Beteiligung erfolgt sei. Man sei aber in Gesprächen mit dem Umweltminister.

3. Ratsherr Garrels verweist auf den dringend benötigten Wohnraum für das „Bliev hier“ und möchte heute einen Aufruf zur Verfügungstellung von Mietwohnungen starten.

Ratsvorsitzender Avena schließt sich dem Aufruf an. Es gebe Insulaner, die aufgrund des Alters nicht mehr an Feriengäste vermieten wollen und können und eventuell diesen Wohnraum zur Dauervermietung zur Verfügung stellen könnten.

Zu Punkt 22: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten

1. Bürgermeisterin Horn verweist auf Gasexplorationen des Landes Niedersachsen. Aufgrund der unsicheren Lage durch den Krieg in der Ukraine habe sich das Land Niedersachsen entschieden, den Beschluss in der Nordsee vor der Insel Borkum kein Gas zu fördern zurück zu nehmen um von Russland autark zu werden. Wenn gefördert würde, sei es eine Frage der Zeit bis die Felder ausgeweitet werden. Dies könne auch bis Langeoog reichen, die Luftmessungen beeinflussen und den Kurortstatus gefährden. Dies treffe Langeoog zwar nicht in naher Zukunft, werde aber von den Bürgermeistern der Inseln wachsam beobachtet. Ein Großteil der erneuerbaren Energien werde vom Land Niedersachsen geliefert. Die Inseln seien das Tor von Deutschland und verdienen besondere Beachtung. Hier sei man dabei dies deutlich zu formulieren. Man werde auf die Trassen keinen Einfluss haben.

2. In den sozialen Medien habe es regen Austausch bezüglich des Osterfeuers, Karfreitag und den Öffnungszeiten gegeben. Bürgermeisterin Horn berichtet, dass sie von den Mitarbeitern der Schifffahrt um Richtigstellung gebeten wurde. Es seien Insulaner, die Gesetze in Frage stellen und die Schifffahrt und die Mitarbeiter in ein schlechtes Licht darstellen. Der Karfreitag sei gesetzlich vorgegeben. Es sei bedauerlich, wenn auch ehemalige Ratsherren nicht über die gesetzlichen Regelungen Bescheid wissen und dies in Gästeportalen diskutieren. Sie sei von Gästen angesprochen worden, die derartige Äußerungen nicht wünschen. Es werde intern dazu noch Gespräche mit dem Rat geben, weil es insgesamt die Mitarbeiter belaste und der Insel nicht guttue.

3. Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass es in diesem Jahr wieder ein „Maibaumaufstellen“ geben wird.
4. Bürgermeisterin Horn berichtet über einen Besuch der 7. Klasse der Inselfschule im Rathaus. Es sei eine Ratssitzung simuliert worden. Ergebnis daraus sei, dass die Verwaltung den Rat bitten wird einen Kinderbeirat einzurichten.
5. Kämmerin Baller verliest Auszüge aus der Genehmigungsverfügung des Landkreises Wittmund zur Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Inselgemeinde Langeoog für das Haushaltsjahr 2022. Dies sei mit dem Landkreis Wittmund abgestimmt. Das Schreiben wird auf der Homepage der Inselgemeinde veröffentlicht. In der Verfügung werde, wie bereits mehrfach zuvor, erklärt, dass der Tourismus-Service mit Ausnahme der Fertigstellung des neuen KWC keine Darlehen aufnehmen dürfe. Damit aber können keine Investitionen im Tourismus-Service getätigt werden, bis ein Konzept vorgelegt werde. Außerdem werde dargelegt, dass derzeit die Zielvereinbarung nicht erfüllt werde.

Auf die Frage von Ratsherrn Janssen, wer das Schreiben erstellt hat, verweist Kämmerin Baller auf die Kommunalaufsicht des Landkreises.

Ratsherr Janssen verweist auf das Gespräch mit Rat und Verwaltung beim Landkreis Wittmund am 24.01.2022. Herr Heymann habe in dem Gespräch bis Ende des Jahres die Vorlage eines Konzeptes verlangt. Dies sei beauftragt. Er habe aber nicht explizit gefordert das Haus der Insel zu verkaufen.

Kämmerin Baller stellt richtig, dass dies im Schreiben auch so nicht geschrieben stehe. Das Interessenbekundungsverfahren mit Verkauf des Haus der Insel sei einmal Konzept gewesen um den Tourismus-Service zu konsolidieren. Dies sei abgebrochen worden. Nun wolle der Landkreis ein neues Konzept vorgelegt bekommen.

Ratsherr Janssen erklärt, dass der Rat zu dem Gespräch am 24.01.2022 stehe und der Rat ein entsprechendes Konzept vorlegen wolle.

Bürgermeisterin Horn verweist auf ein Schreiben des Landkreises vom 20.10.2020. Da habe der Landkreis explizit geschrieben, dass weitere Kreditaufnahmen davon abhängig gemacht werden, dass eine Veräußerung des genannten Objektes Haus der Insel künftig verbindlich in der Zielvereinbarung festgelegt werde. Dies bedeute, dass sobald weitere Kreditaufnahmen für eine Investition aufgenommen werden sollen, dafür der Verkauf des Haus der Insel in der Zielvereinbarung festgeschrieben werden müsse. Das Schreiben liege dem Rat vor.

Ratsherr Herr Janssen habe sich auf das aktuelle Schreiben bezogen. Im Gespräch beim Landkreis sei etwas anderes verabredet worden.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass im Schreiben Bezug auf das alte Verfahren genommen wurde, welches nicht umgesetzt wurde. Jetzt gehe es um ein schlüssiges Konzept zur Finanzierung des Kurviertels.

Ratsherr Schmidt erklärt, dass aus seiner Sicht bisher umgesetzt wurde, was mit dem Landkreis besprochen wurde. Wichtig sei jetzt, dass zunächst einmal das neue Kur- und Wellnesscenter fertiggestellt werde. Seitens des TSL müsse dann ein schlüssiges Konzept erstellt werden „Was ist Tourismus in 2030/2040“. Das einzige, was der Landkreis wolle, sei das schlüssige Konzept. Wenn dies nachvollziehbar vorgelegt werden könne, seien keine Verkäufe notwendig.

Bürgermeisterin Horn verweist auf die Selbstverwaltungshoheit der Verwaltung, welche ein hohes Gut darstelle und nur in besonderen Ausnahmefällen eingeschränkt werden dürfe.

Kämmerin Baller bringt vor, dass derzeit keine Investitionen getätigt werden können. Es dürfen keine Darlehen aufgenommen werden und man erhalte keine Fördergelder, weil die Eigenmittel fehlen. Die Handlungsfähigkeit des Tourismus-Service Langeoog sei so lange eingeschränkt, bis ein schlüssiges Konzept zur Konsolidierung des Tourismus-Service vorgelegt werde. Hierauf werde in der Genehmigungsverfügung des Landkreises deutlich hingewiesen.

Ratsherr Garrels ergänzt die Ausführungen und verweist auf die Aussagen von Rats Herrn Janssen. Herr Heymann habe zwar gesagt, dass das Haus der Insel nicht verkauft werden müsse, aber auch nicht, dass man es behalten müsse. Verlangt werde ein Konzept und dies werde gerade auf den Weg gebracht. Die neuralgischen Punkte müssen angefasst werden. Ziel müsse eine wirtschaftliche Lösung sein und das Verfahren durchgezogen werden.

Zu Punkt 23: Einwohnerfragestunde

Birgit Heiser

Frau Heiser berichtet über Erfahrungen mit Personen, die am Pirolaweg in den Dünen an der ehemaligen Seenotrettungsstation laufen und die derzeit höchste Düne auf Langeoog zertrampeln. Sie bittet ein freundliches Schild „Betreten verboten“ oder einen Zaun aufzustellen. Außerdem liege dort ein freigelegtes Versorgungskabel. Dort sollte Abhilfe geschaffen werden. Sie merkt an, dass die Wege dort für Fußgänger und Fahrradfahrer zu schmal seien. Der Weg zur Seenotrettungsstation sollte als reiner Fußweg ausgewiesen werden.

Weiter berichtet sie über freilaufende Hunde und liegengelassene Hundehaufen. Es würde dringend ein Konzept benötigt um Huko-Beutel zu verteilen. Sie schlägt vor, die Beutel auch bereits beim Kauf einer Hundefahrkarte mit auszugeben und Informationen in Form einer Postkarte mitzugeben.

Gleichzeitig lobt Frau Heiser den Baubetriebshof für die derzeit ausgeführten Arbeiten am Pirolaweg.

Andreas Moselage

Herr Moselage verweist auf die Kommentare auf facebook und spricht Bürgermeisterin Horn direkt an. Er fragt, wie sie gedenke gegen die Kommentare vorzugehen. Teilweise seien eigene Mitarbeiter Admin der genannten facebook-Gruppen.

Bürgermeisterin Horn antwortet, dass dies nicht unterbunden werden könne. Es sei eine Frage des Anstandes und ein Appell. Es sollte ein Selbstverständnis sein bei der Wahrheit zu bleiben. Die Vorgehensweise werde intern besprochen.

Herr Moselage äußert, dass nicht die Mitarbeiter der Schifffahrt, sondern die Bürgermeisterin und die Verwaltung angegriffen werden. Die Außendarstellung bei der Gemeinde sei nicht gegeben. Er schlägt die Einrichtung einer Seite zur Äußerung von Kritik vor. Die Äußerung von Kritik sei bei der Bürgermeisterin aber seiner Auffassung nach nicht gewünscht.

Bürgermeisterin Horn bedauert die Wahrnehmung von Herrn Moselage.

Herr Moselage fragt, warum auf Kritik seitens der Gemeinde nicht geantwortet werde.

Ratsherr Schmidt stellt klar, dass sachlich geäußerte Kritik jederzeit vorgebracht werden könne, aber bewusste Lügen und Falschdarstellungen mit Kritik nichts zu tun hätten. Es sei zudem eine Frage der Außendarstellung. Die Kommentare würden auch von Gästen gelesen. Kritik sei jederzeit herzlich willkommen, aber die auf facebook veröffentlichten Äußerungen hätten mit Kritik nichts zu tun. Jeder Bürger könne jederzeit in die Verwaltung kommen oder Ratsmitglieder ansprechen und sachlich Kritik äußern.

Ratsvorsitzender Agena stoppt die Diskussion und bittet in der Bürgerfragestunde Fragen zu stellen.

Ratsvorsitzender Gerrit Agena

Ratsvorsitzender Agena verliest ein Schreiben vom Verein Kubus zum Thema Ehrenamt und Freiwillige. Mit dem Schreiben werde den freiwillig Tätigen ein Gutschein für das ortsansässige Kino überreicht.

Zu Punkt 24: Schließung der Sitzung

Ende der Sitzung: 21.03 Uhr



Gerrit Agena
Ratsvorsitzender



Katja Heimes
Protokollführerin



Heike Horn
Bürgermeisterin